Einzelpreis 40 Pfg. für Groß-Berlin 50 Pfg. für auswärts · 5. Jahrg.

Donnerstag, 23. Februar 1922

Nummer 92 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt" — „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus monatlich 21.— M. für den Monat Februar, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 55.— M., für das übrige Ausland 72.— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8–9

Die gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kosten 8.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 4.50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Bord-Anzeigen das fettgedruckte Wort 3.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Protest gegen die Auslieferung der Spanier

Die Unterzeichneten erheben gegen die wider alles Erwarten erfolgte Auslieferung der eines politischen Mordes beschuldigten Spanier Fort und Concepcion den allerschärfsten Protest. Sie stellen fest:

1. daß im eigenen Lande zahllose politische Verbrechen gegen die junge deutsche Republik fortdauernd ungesühnt bleiben,

2. daß im Gegensatz zu der Verhaftung und der monatelangen sicheren Gefangenhaltung der beiden Spanier zahlreiche deutsche politische Verbrecher, auch politische Mörder, sofern ihre Handlungen sich gegen die deutsche Republik richteten und es sich bei ihnen nicht um irregeleitete Arbeiter handelte, im eigenen Lande sich der Verhaftung fortdauernd entziehen oder aus den Gefängnissen und Strafanstalten entweichen konnten,

3. daß im Auslande diese deutschen politischen Verbrecher und Mörder überall unbehelligt bleiben können und mitunter sogar behördliche Unterstützung finden.

Angesichts dieser Tatsachen erblicken die Unterzeichneten in dem Auslieferungsbeschluß der Regierung eine Handlung, die ihrer Auffassung von Recht und Gerechtigkeit und von internationaler Gegenseitigkeit ins Gesicht schlägt und die berechtigte Entrüstung aller freiheitlich gesinnten deutschen Republikaner hervorrufen muß.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Th. Leipart.

Allgemeiner freier Angestelltenbund
Aufhäuser, Süß.

Poincaré und Lloyd George

Ihre bevorstehende Zusammenkunft

Paris, 22. Februar.

Havas berichtet, daß Lloyd George und Poincaré in ein oder zwei Tagen in Frankreich zusammentreffen würden, allerdings nicht in Paris. Die Unterredung der beiden Staatsmänner würde nur einige Stunden dauern und streng privaten Charakter tragen.

Reuter veröffentlicht hierzu eine Erklärung, in der der gemeinsame Wunsch Frankreichs und Englands hervorgehoben wird, daß eine private vertrauliche Unterredung zu dem gegebenen Zeitpunkt zwischen den beiden Premierministern stattfinden möge. Ort und Datum seien noch festzusetzen. Lloyd George werde nur von einem Sekretär begleitet und nicht länger als einen Tag von London abwesend sein. Die alliierten Sachverständigen würden erst nach der Zusammenkunft der beiden Premierminister ihre erste Sitzung abhalten.

Die Pariser und Londoner Blätter berichten übereinstimmend, daß der Gegenstand der Besprechungen zwischen dem englischen und dem französischen Ministerpräsidenten die Konferenz von Genua ist. Bekanntlich hat Poincaré in seiner Note vom 5. Februar die Bedenken Frankreichs gegenüber dem Konferenzplan England mitgeteilt. Es wurde behauptet, daß auf diese Note bis jetzt keine Antwort von England erfolgt sei. Demgegenüber veröffentlicht die britische Botschaft in Paris eine Mitteilung, die diese Behauptung widerlegt und feststellt, daß Lord Curzon an den Grafen Saint Aulaire am 11. und 13. Februar zwei schriftliche Antworten gerichtet habe, in denen die britische Ansicht zu der fraglichen Denkschrift dargelegt wurde.

Frankreichs Orientpolitik

Paris, 22. Februar.

Der Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat heute Darlegungen des Ministerpräsidenten und des Generals Gouraud über die Abmachungen von Angora und über die belgische Priorität entgegengenommen. Poincaré besprach die Frage der deutschen Zahlungen und erklärte, es werde kein Eingriff in das belgische Prioritätsrecht erfolgen. Bezüglich Angoras wurden von den Mitgliedern des Ausschusses eine Reihe Fragen gestellt. Poincaré legte dar, unter welchen Bedingungen die Verhandlungen vor Abschluß des Abkommens von Angora stattgefunden haben. Franklin Bouillon habe über seinen ersten Besuch in Kleinasien Bericht erstattet, auf Grund dessen er ein zweites Mal dorthin gereist sei mit dem Auftrag, über ein örtliches Abkommen betr. die Freilassung der französischen Gefangenen und betreffend die Beendigung der Feindseligkeiten zu verhandeln. Poincaré erklärte, er verhandele gegenwärtig mit England und Italien, um die Abmachungen von Angora mit den interalliierten diplomatischen Verabredungen in Einklang zu bringen und um zu einem endgültigen allgemeinen Vertrag zu kommen. Zwischen Lord Curzon, dem italienischen Minister des Aeußern und ihm selbst werde eine Zusammenkunft stattfinden, sobald das italienische Kabinett gebildet sein wird. Die Frage eines Mitgliedes des Ausschusses, ob die Fragen von Konstantinopel und von Tanger gemeinsam besprochen werden würden, wurde von Poincaré verneint. Ueber die Abtretung von Waffen, Flugzeugen und Militärbeständen an die Kemalisten erklärte Poincaré, diese Abtretung sei durch das vorige Kabinett vollzogen worden; sie habe seiner Ansicht nach bezweckt, die örtliche Gendarmerie, die die Ordnung aufrecht erhalten sollte, zu bewaffnen. Was die christlichen und völkischen Minderheiten betreffe, so werde die französische Regierung alles tun, was in ihren Kräften stehe, um die zwischen den Alliierten besprochenen Vereinbarungen aufrechtzuerhalten.

England bezahlt seine Schulden

Paris, 22. Februar.

Havas meldet aus Washington, Präsident Harding hat dem Finanzausschuß des Repräsentantenhauses mitgeteilt, er hoffe, daß Großbritannien vor dem 1. Juli für mehr als eine Million Dollar Obligationen ausgeben werde, um einen Teil seiner Schulden an die Vereinigten Staaten zu begleichen. Der Präsident schlägt vor, diese Obligationen zu verkaufen, um den ehemaligen Soldaten Geldentschädigungen zukommen zu lassen.

Die Vorbereitung des internationalen Konsortiums

London, 22. Februar.

Die Besprechungen der alliierten Delegierten, die sich mit der Frage eines Internationalen Konsortiums für den wirtschaftlichen Aufbau Europas befassen, werden heute fortgesetzt. Die Versammlung nahm Kenntnis von dem Bericht des Advokaten Brown, der das Statut für das Zollkonsortium entwerfen soll. Hierauf folgte eine juristische Erörterung. Am Ende der Sitzung wurde beschlossen, daß auch deutsche Sachverständige zur Teilnahme an der nächsten Konferenz eingeladen werden sollen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen

Das Wolff-Bureau bringt einen längeren Bericht über den Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien, die gegenwärtig in Genf geführt werden, dem zu entnehmen ist, daß die Arbeit des größten Teils der Unterausschüsse bereits beendet ist. Die im einzelnen bestehenden Streitfragen, deren Zahl zwar geringer geworden ist, haben sich in ihrer Bedeutung wesentlich verschärft. Besonders stark ist der Gegensatz in der Minderheitsfrage. Die polnischen Vertreter wollen lediglich Einfügung des Minderheitsvertrages vom 28. Juni 1919 in das deutsch-polnische Abkommen. Nach deutscher Auffassung ist eine solche Uebertragung auf die oberschlesischen Verhältnisse schon deshalb unmöglich, weil jener Vertrag den unlösbaren Zusammenhang zwischen Minderheitsrechten und Wirtschaftsfragen, wie er in Oberschlesien besteht, nicht berücksichtigt. Die deutsche Vertretung im 11. Unterausschuß bringt daher auf strengste Präzisierung aller Anwendungsmöglichkeiten des Minderheitsschutzes im einzelnen. Weiter wollen die Polen die Minderheitsfrage von der Zuständigkeit der gemischten Kommission ausschließen und bei Klagen der Bevölkerung nur den Appell an den Völkerbundsrat zulassen.

Wenn die offiziöse Meldung sagt, daß der gegenwärtige Stand der Verhandlungen von neuem beweise, daß es leichter sei, eine wirtschaftliche und kulturelle Einheit zu zerschlagen, als sie nachher wieder zusammenzuleimen, so ist das ohne Zweifel richtig. Zustimmen kann man auch der Meinung, daß die gegenwärtigen Verhandlungen nicht nur für den Abschluß des Genfer Abkommens entscheidend sind, sondern auch als Prüfstein für die künftigen deutsch-polnischen Beziehungen überhaupt und die allgemeineren direkten Verhandlungen, die später zwischen den beiden Ländern notwendig werden und in Genf natürlich nicht berührt werden konnten, dienen werden. aber gerade diese Einsicht verpflichtet zur strengsten Sachlichkeit in der Führung der Verhandlungen, die man z. B. nicht darin erblicken kann, daß der Bericht zum Schluß sagt: Auch lassen die deutschen Bevollmächtigten keinen Augenblick einen Zweifel darüber bestehen, daß selbstverständlich eine Einigung in den hier zu lösenden Fragen, so vollständig sie auch sein mag, das schwere Unrecht nicht aus der Welt schaffen kann, das der Beschluß vom 20. Oktober dem deutschen Volke und dem losgerissenen Teil Oberschlesiens zufügte.

Um in Ruhe und Sachlichkeit wirtschaftspolitische, soziale und technische Fragen zu lösen, mit dem ehrlichen Willen, auf jeden Fall zur Verständigung mit dem Vertragspartner zu kommen, ist es das untauglichste Mittel, andauernd das eigene moralische Uebergewicht zu betonen. Das ist weder staatsmännisch noch sonst irgendwie imponierend. Eine wirkliche Verständigung mit Polen, die für beide Staaten einfach unentbehrlich ist, kann nur geschaffen werden unter voller Anerkennung des bestehenden Zustandes, wobei es nur selbstverständlich ist, daß die deutschen Interessen gemäß den geltenden Abmachungen restlos vertreten werden.

Die „Schuldlüge"

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch

Von Albert Winter, München

II. *)

Außer den auf die auswärtige Politik Kurt Eisners bezüglichen Aktenstücken enthalten die bayerischen Dokumente zum Kriegsausbruch eine Anzahl wichtiger, auch vertraulicher, an den König und den Ministerpräsidenten gerichteter Berichte der bayerischen Gesandten in Berlin, Wien, Paris, St. Petersburg und Rom. Diese Berichte bereichern das Gesamtbild der deutsch-österreichischen Kriegspolitik in wichtigen Einzelheiten und zeigen nur wieder, daß die Auffassung Kurt Eisners von dem Wesen der deutschen Kriegspolitik durchaus zutreffend ist.

Der genannte Staatsrat a. D. v. Lößl gab vor dem Untersuchungsausschuß des deutschen Reichstages zu, daß die bayerische Regierung von der Absicht und „einzelnen Punkten" des Ultimatums an Serbien unterrichtet war, daß sie aber den „vollen Wortlaut" der Note erst am 24. Juli 1914 aus den Zeitungen (!) kennengelernt habe. Derselbe Lößl spricht in seiner Aussage noch von der Ablehnung des Ultimatums durch Serbien. Dagegen behaupten die Herren Bethmann und Zimmermann in einer Erwiderung auf die Eisnerschen Veröffentlichungen, daß sie Wortlaut und Inhalt des Ultimatums an Serbien nicht gekannt hätten. Mit lakonischen Worten berichtet der bayrische Gesandte in Rom, von der Tann, hierüber folgendes am 30. Juli 1914: „Deutschland hat von der in Belgrad zu übergebenden österreichisch-ungarischen Note vorher Kenntnis erhalten . . ."

Ein besonderes Interesse beanspruchen die Berichte des bayrischen Gesandten in Wien, des Freiherrn von Tucher. Am 5. Januar 1920 sagte Tucher vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstages aus, daß sich die den Habsburgern gegebene Blankovollmacht heute als verhängnisvoll herausstelle, daß sie aber im Jahre 1914 in der „Entwicklung der Ereignisse" als etwas selbstverständliches, ja als das mindeste erschien, was man dem Wiener Ballplatz geben mußte. Sowohl die angebliche Unkenntnis wie diese Auffassung bilden für sich allein schon eine Vernichtung der deutschen Kriegs- und Vorkriegsdiplomatie: denn armselig kann wohl die Außenpolitik eines großen Volkes nicht sein.

Am 30. Juni urteilt Tucher in einem Bericht an den König über die Lage:

„Die Monarchie ist schwer krank, die seit Jahren in der auswärtigen und inneren Politik begangenen Fehler rächen sich. Der Haß der Serben, der unter den Obrenowitsch nicht bestand, ist fast systematisch gezüchtet worden: das selbstsüchtige Agrariertum hat ihn gepflanzt, die Ausbeutung seitens der österreichischen Industrie hat ihn entwickelt und die hochmütige Politik des Ballplatzes hat ihn groß werden lassen."

Am 10. Juli weiß Tucher über die Absichten der Wiener Regierung an den König zu melden, daß die Mehrheit im Ministerrate für Gewalt sei und daß die Demarche gegen Serbien so durchgeführt werden müsse, daß daraus ein verkleinertes Serbien hervorgehe. Oesterreich solle sich jeder Gebietserweiterung (abgesehen von strategischen Grenzberichtigungen. Der Verf.) enthalten und sich die anderen Balkanstaaten sich auf Kosten Serbiens bereichern können. Am 11. Juli telegraphiert Tucher nach München:

„Bin um strengste Geheimhaltung gestriger politischer Mitteilungen ersucht worden. Kaiserneigt den schärferen Maßregeln zu und findet in Berlin Unterstützung."

Am 14. Juli ist die Provokation Serbiens beschlossen. Tucher berichtet an den König:

„Graf Berchtold möchte der serbischen Regierung solche Bedingungen stellen, die sie nicht annehmen kann, damit das Eingreifen von Gewaltmitteln erfolgen muß. Man will der Note einen unannehmbaren Inhalt geben, damit man gezwungen sei, nach Zurückweisung derselben sofort die militärische Aktion zu beginnen."

Am 18. Juli weiß Tucher wieder zu melden, daß man in Wien die Einbringung der Ernte abzuwarten wünsche und den Besuch des französischen Präsidenten Poincaré in Petersburg vorübergehen lassen wolle. In Berlin wurde man nämlich schon ungeduldig. In dem Tucherschen Bericht heißt es dann:

„Man äußert sich besorgt, daß eine vollkommene Nachgiebigkeit Serbiens das Ausholen zum Schlage erschweren könne und meint, wenn Rußland die Lokalisierung des Streits mit Serbien nicht zulasse, so sei der jetzige Augenblick zur Abrechnung günstiger als jeder spätere."

Große Genugtuung erweckt auf dem Ballplatz der Umschwung in bezug auf die Beurteilung Serbiens in Berlin, wo jetzt die Unmöglichkeit eines freundnachbarlichen Verhältnisses zu Serbien klar geworden sei. Die Aktion geht also ihren Gang. In Wien wünscht man eine abschlägige Antwort Serbiens, um zum Schlage ausholen zu können. Die Ententediplomaten werden sorgfältig in Unkenntnis ge-

*) Siehe auch Nr. 90.

halten, wie Tucher am 23. Juli aus Wien meldet. „Die Veröffentlichung der Note wird wie eine Bombe wirken." Tatsächlich wirkte sie auch so, wie der bayerische Gesandte am 26. Juli aus Paris seinem König zu berichten weiß:

„Die französische Regierung, die französische Presse und die französische öffentliche Meinung haben sich durch die Ueberreichung der österreichischen Note an die serbische Regierung in ungeahnter Weise überraschen lassen."

Selbst der deutsche Botschafter ist über die Schärfe der Note erstaunt. Am 27. Juli meldet von Schön nach Berlin:

„Daß Frankreich alles tun wird, um Rußland von kriegerischem Vorgehen abzuhalten, beweist die Haltung der französischen Presse". Am 27. Juli 1914 berichtet Tucher aus Wien, daß die Wiener Regierung allen Vermittlungsversuchen der Ententeregierungen dadurch vorbeugen werde, daß sie die Kriegserklärung an Serbien herbeiführt. Am selben Tage meldet der bayerische Gesandte in Petersburg, Grunelius, daß der deutsche Botschafter, Graf Pourtales, dem Minister Sasonow mitgeteilt habe, daß Fortsetzung der russischen Mobilisation Mobilmachung Deutschlands gegen Rußland und Frankreich herbeiführe, was Krieg bedeute. Die deutsche Formel: Mobilmachung = Krieg, eine Formel, die uns in den Krieg hineingerissen hat. Sasonow wünscht direkte Verständigung mit Wien, aber Berchtold ist bockbeinig, wie Tucher am 30. Juli meldet. Kaiser Wilhelm bittet Kaiser Franz Joseph um Zustimmung zu dem zweiten Vermittlungsvorschlag von Grey, wie Lerchenfeld am 30. Juli nach München meldet; doch aus Wien kommt keine Antwort und in Berlin ist man der Auffassung, daß die zweifellos redlichen Bemühungen Greys den Gang der Dinge nicht aufhalten werden (Fernsprechmeldung der Berliner Gesandtschaft vom 31. Juli vorm. 7,45). Eine wirklich gemütliche Auffassung in einer höchst gefährlichen Lage! Kaiser Franz Joseph lehnt alle Vermittlungsvorschläge ab, wie Tucher am 31. Juli aus Wien berichtet. Inzwischen hat Deutschland sein Ultimatum an Rußland gestellt, das alle Vermittlungsversuche illusorisch macht; denn wie Lerchenfeld aus Berlin am 31. Juli telegraphiert, „diesseitiger Generalstab drängt auf Entscheidung". In Berlin ist man der Auffassung, daß schon die partielle Mobilmachung den Weltkrieg unvermeidlich gemacht habe.

Wertvolle Einblicke in die deutsche Kriegspolitik bieten die Berichte des bayerischen Gesandten in Paris. Schon am 4. Juni hatte Lerchenfeld aus Berlin gemeldet, daß Bethmann Hollweg die Auffassung vertrete, daß von Frankreich kaum Gefahr drohe! „Den Krieg wolle man in Frankreich nicht." Anscheinend war auch für Bethmann Hollweg der Sieg der französischen Sozialisten bei den Kammerwahlen in Frankreich im stillen Herzenskämmerlein eine Garantie für den Weltfrieden. Beim Viertische freilich hörte man's anders.

Noch am 31. Juli telegraphierte Dr. v. Ritter aus Paris:

„Habe österreichischem Botschafter Gespräch Iswolsky mitgeteilt: Annahme der Independanceerklärung verhindere Krieg, alle Welt erwarte Erklärung, wieweit Oesterreich gehen wolle. Iswolsky persönlich. Graf Szecsen sagte, er habe längst diesen Wunsch übermittelt, aber keine Weisung erhalten."

Auf der Reise aus Frankreich berichtet der bayerische Gesandte in Paris an seinen König:

„Ich habe bis zum letzten Augenblick den Eindruck gehabt, daß die französische Regierung den Krieg um jeden Preis vermieden haben wollte. Am 2. August, nachmittags 2 Uhr, sagte mir der österreichische Botschafter Graf Szecsen noch, daß er seit Tagen ohne jegliche Nachrichten aus Wien sei. Dagegen versicherte er mir ausdrücklich, daß die österreichische Regierung die „politische Souveränität" Serbiens im Sinne der mir von Herrn Iswolsky gemachten Bemerkungen anzuerkennen sich verpflichtet habe und daß er der französischen Regierung eine entsprechende Mitteilung gemacht habe. Ich wollte dieses sofort Herrn Iswolsky mittels Privatbriefes bei Beantwortung eines Schreibens wegen Ermittlung des Aufenthaltes von Madame Iswolsky mitteilen und hatte bereits das Schreiben aufgesetzt.

Der Kaiserliche Botschafter hat mich aber, davon Abstand zu nehmen, weil er fürchtete, Herr Iswolsky möchte ein solches Schreiben zum Nachteil der deutschen Politik verwerten."

Diese Episode stimmt voll und ganz überein mit der Auffassung, die Eisner in seinen während des Krieges unterdrückten Artikeln gegen Hellmann und David niedergelegt hat. (Gesammelt in der Schrift „Unterdrücktes aus dem Weltkriege".) Oesterreich lenkt in letzter Minute ein, Deutschland wartet auf die Beantwortung seines Ultimatums an Rußland und erklärt, daß Mobilmachung Krieg bedeute. Dies ist die „Schuldlüge", wie sie sich aller Welt darstellt. Das „authentische" Material der Alldeutschen wird ewig ausbleiben!

Stinnes und Loucheur

In der neuesten Nummer der „Weltbühne" kommt Morus auf die Anklage zurück, die der Londoner Korrespondent der „Frankfurter Ztg." gegen Herrn Stinnes erhoben hatte.

„Nach langem Zureden — schreibt er — fühlte Herr Stinnes sich bewogen, ein formales Dementi vom Stapel zu lassen, das über die Sache selbst auch nicht das Geringste sagt. Dafür wartete der Londoner Korrespondent mit neuen Einzelheiten auf, und die „Frankfurter Zeitung" hielt ihre Anklagen unverändert aufrecht. Allein Herr Stinnes ist ein friedliebender Mann, ließ sich seelenruhig des Landesverrats beschuldigen und verzichtete stolz darauf, vor den Kadi zu gehen.

Aber noch gibt es Männer in Deutschland. Am Königsplatz (wo die Affäre Stinnes auf die Dauer nicht verborgen blieb) brach ein Sturm der Entrüstung aus, nicht weil der Reichstagsabgeordnete Stinnes versucht hatte, um seiner Privatinteressen willen Reichsgut an England zu verpfänden, sondern weil der Genosse Dittmann gewagt hatte, einen Untersuchungsausschuß für den Fall Stinnes zu fordern.

In der französischen Kammer hat dieser Tage der sozialistische Abgeordnete des Nord-Departements Inghels gegen den Abgeordneten Loucheur den Vorwurf erhoben, er habe als Minister den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete verzögert, um den Industriellen noch größere Gewinne zuzuspielen. Herr Loucheur konnte zwar die Anklagen zum größten Teil zahlenmäßig widerlegen: trotzdem forderte er selbst die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

So offenbart sich immer wieder die Rückständigkeit des französischen Volkes. In Frankreich verpachtet man den Handelsteil der Zeitungen seitenweise an Bankiers, Fabrikanten und Börsianer — in Deutschland kauft die Industrie gleich ganze Zeitungen und Verlage auf. In Frankreich sucht man seinen politischen Einfluß beim Börsenspiel auszunutzen und sich und seinen Vettern ein angemessenes Ruhepöstchen zu verschaffen — in Deutschland pfeift man auf den Staat und verschachert hinter dem Rücken der Regierung Reichseigentum. In Frankreich ist man noch altmodisch genug, Lärm zu schlagen, wenn der Gestank zu stark wird — in Deutschland lärmt man nur gegen den, der die Wahrheit aufdecken will."

Der friedliebende Herr Stinnes wird auch auf diese Anklage hin keinen Finger rühren und die Gerichte unbehelligt lassen. Um so mehr wird es Sache der Oeffentlichkeit sein, darauf zu dringen, daß Regierung und Reichstag endlich Licht in die Angelegenheit bringen. Wir wünschen zu wissen, ob der deutsche Reichstagsabgeordnete Stinnes in London über die Auslieferung deutschen Reichseigentums an ausländisches Kapital verhandelt hat.

Die Wahl des Reichspräsidenten

Die Rechtsparteien haben sich seit langem darauf vorbereitet, die doch einmal kommende Wahl des Reichspräsidenten durch Volksabstimmung zur Inszenierung eines großen Rummels zu benutzen. Sie erwarten den Zeitpunkt dieser — wie nebenbei bemerkt — ganz unsinnigen Wahlschlacht mit Ungeduld. Die Herren Hergt und Kahl haben, von dieser Ungeduld getrieben, gestern im Reichstag angefragt, wann die Wahl stattfinden werde. Die Regierung erklärte, sie werde die Wahl sofort nach Erledigung der oberschlesischen Angelegenheit in die Wege leiten.

Der „Vorwärts" legt anscheinend Gewicht darauf, zu betonen, daß die Verzögerung der Wahl nur politische und nicht etwa persönliche Gründe habe. Eberts Wunsch sei es, daß die Wahl bald stattfinden möge. Er habe diesen Wunsch wiederholt, u. a. auch in folgendem Brief an den Reichskanzler vom 21. Oktober 1921 Ausdruck gegeben:

„Alsbald nach der Verabschiedung des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten im Juni vorigen Jahres habe ich Ihren Herrn Vorgänger im Amte des Reichskanzlers gebeten, zu veranlassen, daß der Reichstag den Tag für die Neuwahl des Reichspräsidenten baldmöglichst bestimmt. Nachdem die Reichsregierung mich gebeten hatte, im Hinblick auf die Lage des Reiches mein Amt vorläufig weiterzuführen, habe ich mich mit der einstweiligen Hinausschiebung des Wahltermins einverstanden erklärt. Ich muß Sie, Herr Reichskanzler, aber jetzt doch dringend bitten, zu veranlassen, daß nunmehr unverzüglich die Vorbereitungen für die Wahl des Reichspräsidenten getroffen werden, und der Reichstag gemäß § 2 des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten vom 4. Mai 1920 sobald als möglich den Tag für diese Wahl bestimmt."

Dazu bemerkt der „Vorwärts":

„So der Reichspräsident. Regierung und Reichstag haben sich jedoch auf den Standpunkt gestellt, daß zur Ausführung der Verfassungsbestimmung „Wahl des Reichspräsidenten durch das ganze Volk", die Festsetzung der Reichsgrenzen nach allen Seiten hin notwendig ist. Wenn dies auch in Oberschlesien erfolgt sein wird, dann wird der Vornahme der Wahl kein Hindernis mehr im Wege sein."

Die Hergt und Kahl, die Helfferich und Stinnes brauchen also ihre Ungeduld nicht mehr allzu lange zu ertragen. Sie sollten aber keine Zeit versäumen, sondern alle Vorbereitungen treffen, damit sie ihren Rummel rechtzeitig „aufziehen" können.

Der Stand der Reichsschuld

187 Milliarden Reparationskosten für 1922

Ein dem Reichstag soeben zugegangener „Ueberblick über den Entwurf des Reichshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1922", der in der Hauptsache nur die bereits bekannten Abschlußzahlen der einzelnen Etats wiederholt und erläutert, gibt eine Aufstellung über den Stand der Reichsschuld am 30. September v. J. An diesem Tage betrug die fundierte Schuld 73 435 164 000 M.; davon entfielen etwa 57,5 Milliarden auf die fünfprozentigen Kriegsanleihen. Durch unverzinsliche Schatzanweisungen waren an schwebender Schuld bis zum gleichen Termin 210 498 460 300 Mark flüssig gemacht. Bewilligt waren Kredite im Betrage von 252 457 293 063 M. Rechnet man die weiteren Nachtragsbewilligungen, für den Etat von 1921, sowie die durch den Etat von 1922 angeforderten Summen hinzu, so ergibt sich ein Gesamtbetrag der bisher bewilligten und angeforderten schwebenden Kredite von 576 851 371 541 M.; davon waren am 30. September 366 442 911 241 Mark noch offen. In ihnen sind die 18 373 Milliarden Reparationsdefizit des Etats 1922 enthalten.

Verständigung in Irland

De Valera lenkt ein

London, 22. Februar.

Der Dubliner Konvent der Sinnfeinerorganisation trat heute erst nach 1 Uhr mittags wieder zusammen. De Valera teilte sofort mit, daß zwischen den Führern der Parteien ein Abkommen getroffen worden sei dahingehend, daß erstens der Konvent um drei Monate vertagt würde, um den Unterzeichnern des Londoner Abkommens Zeit zu geben, die Verfassung des Freistaates auszuarbeiten, daß zweitens das Dail Eireann seine Tätigkeit fortsetzen sollte und daß seine Abstimmung im Dail Eireann als ein Parteivotum betrachtet werden dürfte, das den Rücktritt des Präsidenten und der vorläufigen Regierung zur Folge haben müßte. In der Zwischenzeit sollen keine Parlamentswahlen abgehalten werden. Nach Vornahme der Wahlen soll die Verfassung des Freistaates in ihrer endgültigen Form zugleich mit den Artikeln des Londoner Abkommens den neugewählten Vertretern unterbreitet werden, um sie instand zu setzen, sich zwischen Republik und Freistaat zu entscheiden.

Diese Vereinbarung unter den Parteiführern wurde von der Versammlung unter großen Beifallskundgebungen einstimmig angenommen.

Karthagos Untergang

Beherzigenswerte Mahnungen eines Deutschnationalen

Der bayerische Ordnungsblock in München, der noch immer im Ringhotel existiert, und wie er selbst sagt, „bekanntlich auf kein bestimmtes politisches Parteiprogramm eingestellt ist und lediglich allgemeine nationale Ziele unter besonderer Rücksichtnahme auf volkswirtschaftliche Fragen und solche des Wiederaufbaus verfolgt", der harmlose bayerische Ordnungsblock versendet an vertrauenswürdige Leute einen Sonderdruck aus der Monatsschrift „Deutschlands Erneuerung", der von einem Frhr. v. Forstner verfaßt und „Karthagos Untergang" betitelt, und natürlich im Verlag Lehmann erschienen ist. Da der bayerische Ordnungsblock schreibt, daß „die Schrift in weiten Kreisen ernste Beachtung gefunden hat und ihr Wert in der Parallele liegt, welche sich zwischen dem Schicksal des von der Weltmacht Rom vernichteten Staates Karthago und jenem ergibt, welches dem Deutschen Reiche bei restloser Durchführung des Vernichtungswillens der Entente beschieden ist", haben auch wir vom Inhalt „dieser für unser Volk bedeutsamen Schrift" Kenntnis genommen, und wir sind gerne bereit, dem Wunsche des Ordnungsblocks nachzukommen und „durch Verbreitung in unserer Arbeiterschaft mit dazu zu helfen, daß diese geschichtlichen Erkenntnisse Gemeingut unseres Volkes werden". Wir schätzen den Wert des Aufsatzes sogar so hoch ein, daß wir zum Teil wörtlich aus ihm zitieren, obgleich sein Stil wahrhaftig nicht geeignet ist, zu der kulturellen Erneuerung Deutschlands beizutragen.

Der Verfasser skizziert die Macht des karthagischen Volkes, das, „wie vorher bestimmt erschien, die Bahn der Welteroberung als ein Herrenvolk zu beschreiten". Merkst du die Parallele, lieber Leser? Im ersten punischen Krieg wurde dann Karthago von Rom besiegt und mußte das kornreiche Sizilien als Kriegsbeute herausgeben. Wie Herr v. Forstner mitteilt, spielte die Insel damals „etwa die Rolle Belgiens, das, in unserer Hand, England von Frankreich getrennt und uns die Freiheit der Meere gesichert hätte, das nunmehr wirtschaftlich, politisch und militärisch von unseren Feinden beherrscht, das Glacis für einen neuen Raubüberfall bildet!" — Na, das nächste Mal.

Es folgt dann ein Zitat aus Mommsens Römischer Geschichte, das auf die Verhältnisse in Karthago nach Friedensschluß Bezug nimmt, und das in der Tat Wort für Wort auf die Gegenwart paßt: „Die Patriotenpartei hatte während dieses Krieges geschwiegen; jetzt sprach sie um so lauter. Einerseits war bei dieser Katastrophe die ganze Verderbtheit und Verderblichkeit der herrschenden Oligarchie an den Tag gekommen, ihre Unfähigkeit, ihre Koteriepolitik, ihre Hinneigung zu den Römern usw." Wer denkt dabei nicht an die Verderblichkeit der deutschen Oligarchie, an Wilhelm mit seinem Zivil-, Militär- und Marinekabinetten, wer denkt nicht an die Unfähigkeit der deutschen Generale, die im Augenblick der Katastrophe nach den endlosen Lügen unwiderleglich zutage trat, wer denkt nicht an die Koteriepolitik der Konservativen, die im Frieden seinen Sozialisten als Laiernenanzündr zuließen, wer denkt nicht an die Hinneigung aller Reaktionäre zu dem zaristischen Rußland?

Man entsinnt sich mit Vergnügen, daß in den Kreisen des Herrn von Forstner während des Krieges gerne England mit Karthago verglichen wurde, dessen Seemacht durch den vordringenden Imperialismus der deutschen Landmacht zu vernichten sei. Siehe das Zitat über Belgien! Und es entbehrt nicht der Pikanterie, folgenden Satz zu lesen: „Es ist lehrreich und interessant zugleich, daß sich der Vernichtungswut Catos (eines römischen Imperialisten) gerade ritterlichdenkende aristokratische Kreise entgegenstemmten, während seine Pläne von römischen Bankiers und Großhändlern begierig aufgegriffen wurden." Die Bankiers und Großhändler, die so begierig die irrsinnigen Pläne Ludendorffs aufgegriffen, das waren im Kriege die Stinnes und Hugenberg und die vier Wirtschaftsverbände, die nach dem Erzbecken Briey und Longwy, nach Riga und Belgien, nach Gibraltar und Mesopotamien und nach einigen anderen Gebieten schrien.

Heute, da der General Foch den Herrschaften in die Suppe gespuckt hat, vergleichen sie sich mit Karthago, obgleich es doch eine krämerische Judenstadt war, bewohnt von jenem Stamme, der durch Rassenvergiftung und Blutschande die Weltrevolution durch die Inflation des Geldes und die Vollendung der internationalen Bankenherrschaft vorbereitet. Auch diese Sätze stehen in der Schrift des Herrn von Forstner, und jedermann wird nach diesen Proben begreifen, daß er ein großer Historiker und geborener Führer der deutschen Nation ist.

Wir schließen mit seinen Worten: „Vorübergehende Besserung sind Trug und Täuschung. Du schleppst keuchend die goldenen Ketten einer kaltherzig gewissen- und vaterlandslosen Plutokratie. Nur ein Recht ist dir geblieben: Aufzuwachen! Sodann dich an dem Ringen um die Seele deines Volkes zu beteiligen und von Mund zu Mund die Erkenntnis von den wahren Feinden zu tragen. Dazu aber höre die Stimmen der Männer, die du während des Krieges nicht hören wolltest."

Das alles ist zwar kein gutes Deutsch, aber es stimmt.

H. E. K.

Der Grundriß

Von Adolf Behne.

Jedes Bauen ist fruchtbare Durchdringung von Geist und Wirklichkeit. Das Produkt wird um so wertvoller sein, je klarer der Geist sich und die Wirklichkeit erkennt. Nur ein Geist, der frei ist von Stimmungen und Vorurteilen, frei von Opportunismus ebenso wie von Eigensinn, ist der Aufgabe gewachsen. Und seine erste Aufgabe ist, aus dem Chaos der Umwelt zu sondern, was fruchtbarer, lebendiger, tragender Boden — was Wirklichkeit ist. Der größte Teil des Vorhandenen ist doch vergangene gewesene Wirklichkeit... ist gespenstisch.

Das Ineinanderspielen des vorurteilslosen Geistes und der lebendigen, in Zeit und Zone ehrlichen Wirklichkeit, ergibt die höchste und seltenste Tugend des Architekten: Sachlichkeit.

Man kann unter Sachlichkeit freilich etwas sehr Banales verstehen: Utilitarismus, erstbeste Zweckerfüllung, bürgerliche Nüchternheit... und es begehen eben jene diesen Irrtum, die als Gegengewicht das Phantastische bringen, damit — ihrer Meinung nach — die Kunst nicht zu kurz komme.

Phantasie muß der Architekt freilich haben... aber Phantasie ist nicht Phantastik.

Sachlichkeit im oben gekennzeichneten Sinne ist nicht Hemmnis der Phantasie, sondern Ansporn... zugleich auch Korrektur in dem, was van de Velde „verderberische Phantasie" nennt.

Die Phantasie des Malers beweist sich nicht darin, daß er Zentauren und symbolischen Tiefsinn malt, sondern in der Art, wie er mit den Farben umgeht. Sachlichkeit des Malers (um die Begriffe an einem einfacheren Beispiele zu klären) beweist sich nicht darin, daß der Maler dem Photographen ins Handwerk pfuscht oder Zinnteller porträtiert... sondern in der Art, wie er mit den Farben umgeht. Der berufene Maler nimmt sie nicht als tote, wesenlose Stoffe, mit denen man alles machen kann, sondern als Wesenheiten mit Willen und Bestimmtheit. Jede Farbe ist ein Charakter, eine Sache. (So nennen wir im Gegensatz zum amorphen, gestaltlosen „Ding" ein mit unsichtbaren, aber wirksamen Formkräften versehenes Material).

Die Malerei nun, die statt mit sekundären Eigenschaften der Farbstoffe mit ihren elementaren Eigenschaften arbeitet, ist in unserem Sinne eine sachliche Malerei. Das Wesen jeder Farbe ihren Willen, ihre Kraft, ihren einzigartig lebendigen Einsatz zu erkennen, den Stoff zu seinem Leben zu erwecken, dazu gehört Phantasie... unendlich viel mehr Phantasie, als zur Erfindung mystischer Fabelwesen erforderlich ist. Und deshalb ist Sachlichkeit nicht Hemmnis einer phantasievollen Malerei, sondern ihr Ansporn. Sachlichkeit nenne ich

Der Kampf der Eisenbahnbeamten

Ein Schreiben der Reichsgewerkschaft — Unzweckmäßige Prophezeiungen

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter hat an den Reichskanzler, den Reichspräsidenten, an die Ressortminister und an die Fraktionsvorstände sowie an die Presse ein Schreiben gerichtet, in dem sie noch einmal ihren Standpunkt zu der noch immer andauernden Krise unter den Eisenbahnbeamten darlegt. Das Schreiben ist in mehr als einer Beziehung interessant. Es beginnt mit folgenden Sätzen:

„Nachdem die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter durch die Verhandlungen mit dem Herrn Reichskanzler die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß die Erfüllung ihrer Wünsche und Forderungen in einer Weise vor sich gehen würde, die eine Weiterfortsetzung des Streiks nicht mehr nötig machte, nachdem die R. G. ferner zur Ueberzeugung gekommen war, daß eine Weiterfortsetzung des Streiks eine gewaltige Ausdehnung desselben bis zum völligen Generalstreik zur Folge haben, dadurch zu schweren Erschütterungen der Regierung und damit zu einer ungewünschten innen- und außenpolitischen Lage führen würde, nachdem die R. G. zuletzt, gestützt auf die ehrenwörtlichen Erklärungen des Herrn Reichskanzlers, die feste Zuversicht gewann, daß die Maßregelungen anläßlich des Streiks auf das Maß zurückgeführt werden würden, das allein für die Gewerkschaft erträglich ist, hat sie den Streik getreu ihrer gegebenen Zusage abgebrochen. Die Mitglieder sind dieser Parole mit eiserner Disziplin, in der überwiegenden Mehrzahl sogar sehr gegen ihren Willen gefolgt."

Das Schreiben geht sodann auf die jüngste Vorstandssitzung der Reichsgewerkschaft und auf die erneuten Verhandlungen einer Kommission mit dem Reichskanzler ein. Die Zusagen des Reichskanzlers seien zufriedenstellend gewesen. Der Vorstand hat deshalb beschlossen, heißt es weiter, im Lande entsprechenden Bericht zu erstatten und damit die Mitglieder zu beruhigen.

„Allerdings ist eine völlige Beruhigung nur dann möglich, wenn die zur Grundlage des Abbruches des Streiks gemachten Zusicherungen, besonders über die Maßregelungen, gehalten werden. Der Erfüllung dieser Zusagen gegenüber wollen sich also die Mitglieder wie der Vorstand der R. G. nicht drohend, sondern abwartend verhalten. Kann man aus den Maßnahmen nach einiger Frist erkennen, daß die auf Treu und Glauben getroffenen Abmachungen gehalten worden sind, so dürfte sehr bald eine völlige Beruhigung der Eisenbahnbeamtenschaft und mit ihr der Gesamtarbeitnehmerschaft eintreten."

Ganz überraschend sei sodann aber, erklärt die Reichsgewerkschaft, in die „an sich geladene Atmosphäre" jener auch von uns seinerzeit wiedergegebene Erlaß Groeners hineingeplatzt, in dem der Reichsverkehrsminister in sehr unangenehmer und schulmeisterlicher Sprache vor einem neuen Streik droht und für den Fall eines solchen mit schärferen Maßnahmen, als sie bisher getroffen worden sind, droht. „Die diesmal geübte Schonung der Mitläufer könnte nicht mehr in Frage kommen", heißt es da u. a. Das Schreiben der Reichsgewerkschaft zitiert den Erlaß und bemerkt dazu:

„Dieses Verhalten des Reichsverkehrsministers muß jedem ganz ungeheuerlich erscheinen, da der einfache Mann nicht ohne weiteres die Maßnahmen eines Ressortministers von dem Verhalten der Gesamtregierung zu unterscheiden vermag und solche Erlasse als Willen „der Regierung" auffaßt. Ein Beweis für staatsmännischen Weitblick des Reichsverkehrsministers ist der Erlaß nicht, aber jedenfalls ist Herr Groener, wie immer, auch diesmal in völliger Unkenntnis über die wirkliche Lage im Lande, wahrscheinlich wieder gestützt auf falsche Informationen."

An weitere Darlegungen zu dem Erlaß knüpft das Schreiben folgende Bemerkungen:

„Der Vorstand der R. G. richtet an alle Instanzen, denen er dieses Schriftstück übergibt, die dringende Bitte, allen Einfluß aufzubieten, dem verderblichen Beginnen, das in der Herausgabe dieses und ähnlicher Erlasse liegt, Halt zu gebieten. Er gibt nochmals die feierliche Versicherung ab, daß ihn keine versteckten Ziele zu seinen Handlungen veranlassen, daß er aber die einzige Möglichkeit der Aufrechterhaltung des Friedens und der Ruhe in der Erfüllung der gemachten feierlichen Zusagen und Unterlassung aller unnötigen Provokationen im Stile und Sinne des oben angeführten Erlasses sieht."

Wir stimmen der Reichsgewerkschaft vollkommen zu. Die Zustände müssen immer unhaltbarer werden und die Beruhigung der Eisenbahnbeamten, die von der Reichsgewerkschaft so dringend gewünscht wird, kann nie eintreten, wenn Herr Groener allen Aeußerungen der Gesamtregierung stets seine eigene Meinung in besonderen Erlassen entgegenstellt. Groeners jüngster Erlaß mußte in der Situation, die bei dem Erscheinen des Erlasses vorlag, den Eisenbahnbeamten wie ein Widerspruch gegen die Gesamtregierung erscheinen und somit wie eine Durchkreuzung der Absichten des Reichskanzlers und der Reichsgewerkschaft wirken. Die Reichsregierung würde der Gesamtheit einen ungewöhnlich wichtigen Dienst erweisen, wenn sie der Erlaßfreudigkeit des Herrn Groener endlich Zügel anlegen würde.

Die Reichsgewerkschaft aber hätte gut getan, wenn sie ihr Schreiben mit den oben zitierten Aeußerungen abgeschlossen hätte. Es erscheint uns nicht zweckmäßig, daß sie noch folgende Sätze hinzufügt:

„Sollte nochmals in Folge solcher uns völlig unverständlichen Maßnahmen eine Arbeitseinstellung der Eisenbahnbeamten und -anwärter erfolgen, was wir in keiner Weise wünschen, so wird sie zweifellos nicht auf die Eisenbahnbeamtenschaft beschränkt bleiben. Aus den Erfahrungen des letzten Streiks und aus den Berichten aus dem Lande wissen wir, daß ein neuer Streik zu einer allgemeinen Bewegung außerdem, daß die Mehrheit der arbeitnehmenden Bevölkerung, die in unmittelbarer und mittelbarer Berührung mit der Eisenbahnerschaft steht, über die Köpfe ihrer Organisationsleitungen hinweg handeln würde, wie dieses beim letzten Streik in ganzen Bezirken bereits geschehen ist."

Wir sind erstaunt über diese Prophezeiungen der Reichsgewerkschaft, denn wir vermögen uns nicht vorzustellen, woraus die Reichsgewerkschaft die Legitimation zu solchen Ankündigungen eines Generalstreiks der Arbeiterschaft schöpft. Immerhin schließen wir daraus, daß die Reichsgewerkschaft erkannt hat, daß sie die Solidarität der gesamten Arbeiterschaft braucht, um große Kämpfe, in die sie immer wieder gedrängt werden kann, zu führen, und wir erwarten daher, daß sie sich dieser Erkenntnis gegebenenfalls nicht erst nach Ausbruch des Kampfes erinnern wird.

Der Stand der Lehrerbildungsfrage

Aus der Thüringischen Landesversammlung wird uns geschrieben:

Wie wir hören, hat sich die am vergangenen Sonnabend, den 18. Februar, in Weimar stattgefundene Konferenz der Deutschen Unterrichtsministerien, die unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Heinrich Schulz vom Reichsministerium des Innern tagte, ausschließlich mit der Regelung der Lehrerbildung beschäftigt. Anlaß dazu gab das Vorgehen einiger Länder, die energisch auf eine umgehende Ausführung des Artikels 143 der Reichsverfassung drängen. Durch diesen Artikel soll der jetzige Ausnahmezustand, in dem sich die Lehrerbildung dadurch befindet, daß sie auf Seminaren erfolgt, die weder den Ansprüchen der höheren Schulen entsprechen, noch eine genügende Fachausbildung geben, beseitigt werden. Wer sich dem Lehrerberuf widmen will, muß nach der Bestimmung der Reichsverfassung das Reifezeugnis einer höheren Schule erwerben und danach an der Universität Erziehungswissenschaft studieren. Von den deutschen Ländern hat bisher nur Hamburg diese Verfassungsvorschriften ausgeführt. Seit Herbst vorigen Jahres sind Sachsen, Baden und Hessen gefolgt. Nach Uebernahme der Regierungsgeschäfte hat noch die sozialistische Regierung in Thüringen die Verlegung der Lehrerbildung an die Universität in Angriff genommen. In großzügiger Weise arbeitet das sächsische Unterrichtsministerium und die sächsische Lehrerschaft daran, die von der Reichsverfassung geforderte bessere Ausbildung der Volksschullehrer herbeizuführen.

Der Grund dafür, daß nicht durch Reichsgesetz, wie notwendig, eine einheitliche Regelung fürs Reich herbeigeführt wird, ist der Widerstand in Preußen. Nach den Ausführungen des preußischen Kultusministers Becker im Preußischen Landtag im Oktober vorigen Jahres denkt die preußische Regierung lediglich an die kümmerliche Reform, an 50 Seminaren sogenannte Aufbauklassen, d. h. verkappte Seminarklassen zu bilden. Ueberflüssig zu sagen, daß sich auch der Amtsnachfolger Beckers, Dr. Boelitz, kürzlich bei der Beratung des Kultusetats im Landtag auf denselben Boden gestellt hat, angeblich aus Sparsamkeitsrücksichten. Ein herrlicher Erfolg der Koalition der Rechtssozialisten mit den Stinnes-Brüdern. Dem Widerstand Preußens sollen sich eine Reihe anderer Länder angeschlossen haben. Unter diesen darf bestimmt Ordnungsbayern mitgerechnet werden, dessen Kultusminister Dr. Matt neulich gegenüber Vertretern des bayrischen Landeslehrerrats jedes Eingehen auf die Lehrerbildungsfrage rundweg abgelehnt hat, solange das Reich nicht alles bezahlt!

Wie verlautet, ist es dem Staatssekretär Heinrich Schulz in Weimar gelungen, eine Mehrheit für einen von ihm vorgelegten Entwurf zu einem Reichsgesetz über die Lehrerbildung zu gewinnen. Die Reichsregierung und der Reichstag dürfen sich also bald mit dieser Frage zu beschäftigen haben.

Spielereien einer proletarischen Partei

Der „Vorwärts" und wir haben darauf aufmerksam gemacht, daß sich die kommunistische Jugend in Schöneberg zu ihrer besonderen Ertüchtigung Vorträge eines berüchtigten Radauantisemiten leistet. Die Zentrale der „Kommunistischen Jugend" ist nun gezwungen, irgend etwas dazu zu sagen. Sie sendet der „Roten Fahne" daher eine sehr originelle Zuschrift. Diese Zuschrift behauptet, daß die proletarische Jugendbewegung seit Jahrzehnten in ihren Veranstaltungen Gegner zu Worte kommen läßt, „um durch Korreferat und Diskussion die Herrschaften zu erledigen". So wissen wir also nunmehr, daß die Schöneberger Kommunistenjugend Herrn Diebow, den Kompagnon des Knüppelkunze, vor ihr Forum zitiert, um ihn und damit den nationalistisch-völkischen Antisemitismus zu — „erledigen".

Die Erklärung der „Kommunistischen Jugend" sagt aber weiter, daß in diesem besonderen Falle die Funktionäre der kommunistischen Jugend die Ansetzung des Vortrages einstimmig gemißbilligt haben. Und die „Rote Fahne" fügt hinzu, daß auch nach ihrer Meinung „die Schöneberger Jugendgenossen besser getan hätten, derartige Spielereien zu unterlassen". Das Blatt hofft, daß derartige Uebertreibungen in Zukunft unterbleiben.

Somit ist weder die Funktionärversammlung der kommunistischen Jugend, noch die Leitung dieser Organisation, noch die „Rote Fahne" mit diesen „Spielereien" einverstanden. Wer also hat den Vortrag veranlaßt, wer kann es sich in der kommunistischen Jugend leisten, auf eigene Faust antisemitische Radaupolitiker als proletarische Jugenderzieher heranzuziehen? Es muß ein wüstes Durcheinander und eine völlige Plan- und Ziellosigkeit in einer Bewegung herrschen, wenn so etwas möglich ist. Daß man sich aus der Affäre zieht, indem man einen derartigen Unfug als „Spielerei" bezeichnet, ist nur ein Zeichen größlicher Verlegenheit. Die arbeitende Jugend Berlins aber mag in diesem Vorgang eine Warnung vor den Erziehungsmethoden der kommunistischen Jugendbewegung erblicken.

Bürgerliche Blockbildung in Oesterreich

Wien, 22. Februar.

Die Verhandlungen der Großdeutschen und der Christlichsozialen über die Bildung einer neuen Arbeitsgemeinschaft dauern fort. Als Grundlage für die neue Vereinigung der bürgerlichen Parteien dient das Finanzprogramm, das eine wesentliche Erhöhung der Getränkesteuer, der Tabakpreise, die Einführung von Goldzöllen, ausgenommen für Nahrungs- und Lebensmittel, ferner Ersparungsmaßnahmen, insbesondere Beamten-Abbau und eine Reform der staatlichen Betriebe umfaßt. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die von der Regierung in Aussicht genommenen finanzpolitischen Maßnahmen über Sanierung des Staatshaushaltes und Verwendung der Kredite morgen den Parteiführern mitgeteilt werden können. Es soll sich dabei nur um gewisse Richtlinien, nicht aber um einen in allen Einzelheiten ausgearbeiteten Finanzplan handeln. Es verlautet weiter, daß in den Richtlinien der Regierung auch der Gedanke der Doppel-Note enthalten ist, die eine Zeit lang neben der geltenden Inland-Krone laufen und ausschließlich für Exportzwecke Verwendung finden soll. Diese Doppel-Note soll die Vorbereitung für die Gründung des neuen österreichischen Noteninstituts bilden.

Die Kredite für Oesterreich

Wien, 23. Februar. (Intel.)

Der „Abend" erfährt aus Parlamentskreisen, daß nunmehr auch ein skandinavischer Kredit in der Höhe von 2 Millionen englische Pfund so gut wie gesichert sei. Außerdem lägen Angebote amerikanischer Privatbankiers vor, die bis 100 Millionen Dollar vorzustrecken bereit seien.

Kleine Nachrichten

Der Reichskanzler hat an den amerikanischen Geschäftsträger in Berlin Dresel ein Schreiben gerichtet, in dem die deutsche Regierung der Regierung der Vereinigten Staaten anläßlich der Explosion des Luftschiffes „Roma" die herzliche Anteilnahme ausspricht.

Auch in Preußen Wirtschaftsbeihilfen. Dem preußischen Landtag wird Ende der Woche ein Entwurf zugehen, der die Gewährung von Beihilfen an teuren Orten für Staatsbeamte und Lehrer vorsieht. Preußen entstehen dadurch neue Kosten von etwa 300 Millionen Mark.

Internationale Cholerakonferenz in Warschau. Am 18. März findet in Warschau eine internationale Cholerakonferenz statt, an der auch u. a. Professor Mühlens, der jetzt als Vertreter des deutschen Roten Kreuzes in Rußland weilt, teilnehmen soll.

Aus der Partei

Sepp Oerter sträubt sich

Zwar hat die zuständige Parteiorganisation einstimmig den Ausschluß Sepp Oerters beschlossen, aber nichtsdestoweniger versteift sich der Ausgeschlossene immer noch auf sein braunschweigisches Landtagsmandat, das niederzulegen er sich weigert. In einem Briefe an den Präsidenten des braunschweigischen Landtags, der in der Dienstagsitzung zur Vorlesung kam, schreibt Oerter:

„Die Landtagsfraktion der Unabhängigen hat dem Präsidenten die Mitteilung gemacht, daß ich aus der Fraktion ausgeschlossen sei. Diese Mitteilung ist eine wahre Demonstration. Die Fraktion hat zu einem solchen Beschluß kein Recht. Mitglied der Fraktion wurde ich durch meine Aufstellung zum Kandidaten für die Wahlliste der Unabhängigen durch meine Wahl am 22. Januar. Nach dem Statut kann meine Abberufung nur auf einen Beschluß der Bezirksversammlung (also durch einen Bezirksparteitag) erfolgen. Dieser findet am 19. März in Braunschweig statt. Eine gedeihliche Arbeit in der Landesversammlung mit der zuständigen Parteiorganisation ist für mich unmöglich und ich erbitte daher von dem Herrn Präsidenten der Landesversammlung Urlaub bis zum 20. März 1922."

Sepp Oerter hätte sich einen besseren Abgang schaffen sollen, als daß er sich nach allem bisher Vorgefallenen noch an sein Mandat klammert.

---

jene Phantasie, die mit Wirklichkeiten, mit Exaktheiten arbeitet.

Die Wirklichkeiten des Architekten sind von besonderer, vorbildlicher Bestimmtheit. Die praktischen Ansprüche der Aufgabe sind unmöglich zu ignorieren — und sie sind keine Fessel, vorausgesetzt, daß die Aufgabe klar und logisch zu Ende gedacht wurde. Mit den Bestimmtheiten, den Sachlichkeiten des Platzes, des Zweckes, des Materiales, der Konstruktion arbeitet der Architekt — und alle diese Exaktheiten durchdringen sich in der Erfindung des Grundrisses!

Es gibt Grundrisse von dreierlei Art: den schlecht und flüchtig gerechneten... den richtig und akurat gerechneten... und den guten Grundriß. Der gute Grundriß ist exakt, präzise endgültig und einwandfrei, doch nicht durch Berechnung Utilitarismus, Nationalismus — sondern als Einheit von Exaktheit und Irrationalität — d. h. durch Kunst als das Produkt einer mit Sachlichkeiten arbeitenden Phantasie. Seine Zweckerfüllung ist im Gegensatz zu der richtig berechneten, die befriedigend „funktioniert", eine vollkommene, freie, geistige. Der wahre Architekt erfüllt restlos die Zwecke: aber gleichzeitig dienen ihm die Zwecke als Mittel, um durch das Beispiel ihrer höchsten Erfüllung auf die Menschen zurückzuwirken. Hier findet seine Phantasie die würdigsten Aufgaben...nicht in der Zutat von „Formen", Säulen, Schilde usw. sondern in der Erfindung der einzig möglichen, einheitlichen lebendigen Form. Was nicht im Grundriß, dieser magischen Formel des Hauses zum Ausdruck kommen kann, ist Zutat, Beiwerk, Störung, und bleibe fort, damit ein völlig einheitliches, durch und durch bezwungenes, bedachtes, dem Zufall und der willkürlichen Spielerei entzogenes Werk des menschlichen Willens und seiner geistigen Spannungen entstehe.

Das Gebiet, auf dem sich der moderne Architekt zu bewähren hat, ist in erster Linie der Grundriß... „um so schlimmer für diejenigen, die keine Phantasie haben".

Die moderne Malerei ist eine konstruktive Kunst. Auch sie ging den Weg von der Kunst der Fassade zur Kunst des Grundrisses.

Musik. Im Mittelpunkt der organisatorisch verunglückten Berliner Pfitzner-Woche stand die Uraufführung der romantischen Kantate „Von deutscher Seele" nach Sprüchen und Gedichten von Eichendorff. Unbeeinträchtigter als im Zusammenhang mit der Bühne, die zu der grundbaritonalen Natur Pfitzners einen unvereinbaren Widerspruch bildet, kommt in diesem großangelegten weltlichen Oratorium die fundamental geschulte, musikantisch-kontrapunktische Sangkunst des klassischen Epigonen zur Auswirkung. Bedeutendes Wissen, das sich in sachkundiger, streng durchdachter Formung äußert (gestützt auf die harmonischen Grundgesetze des vierstimmigen Satzes), kontrastiert mit der Unfähigkeit selbstprägender Gestaltung und eigenmelodischer Erfindung. Es finden sich nur wenige Oasen von volksliedartiger Frische und instrumental impressionistischer Eingebung zwischen gedehnten Strecken akademisch lebloser Akkordkombinationen. Selmar Meyrowitz als Lenker der Massen akklimatisierte sich merkwürdig überzeugt seiner widersprechenden Aufgabe und riß die Philharmoniker und den Kittelschen Chor zu starkem Vollbringen mit fort. Das auserwählte Solistenensemble: Maria Olszewska (Alt), Fritz Krauß (Tenor), Albert Fischer (Baß), wurde von Berta Kiurina mit der Pracht ihrer makellosen Sopranstimme überstrahlt.

Auf dem 4. Furtwängler-Konzert in der Philharmonie spielte Eduard Erdmann das C-Moll-Klavierkonzert von Rachmaninoff. Das Zusammenwirken der beiden impulsivgewaltigen Reproduktivnaturen Erdmann-Furtwängler schuf eine innere Temperatur der Wiedergabe, die in zusammenglühender Ekstase Wucht und sprudelnden Humor der Ecksätze und quellende Melodik des Adagios zu eigenstgestaltender Nachgestaltung werden ließ.

Von Edwin Fischer, der für das 9. Mittagskonzert der Volksbühne ein klassisches Bach-Beethoven-Mozart-Chopin-Programm in mustergültiger Zusammenstellung gewählt hatte, gewinne ich in der letzten Zeit den Eindruck, als ob er bei dem Prozeß technischer Säuberung an der Urwüchsigkeit seiner Auffassung einbüße. Alles Dynamische klingt abwägender und verliert dadurch an spontaner Kontrastwirkung. Ungeachtet dieser rein persönlichen Empfindung bereitete seine volle Hingabe Stunden erhebenden Kunstgenusses. Fritz Windisch.

Tages-Notizen

Das erste Volkssymphoniekonzert im Großen Schauspielhaus findet Sonntag, vormittags 11½ Uhr, statt. Programm: Beethoven, Egmont-Ouvertüre und Violinkonzert (Solist Georg Kulenkampff-Pest), Schubert, C-dur-Symphonie. Dirigent: Klaus Pringsheim.

Jugendamt Neukölln, Freitag, 7 Uhr, Realschule Boddinstr. 34-38 Musikalische Feierstunde der Jugend. Das gesamte Programm wird von Neuköllner Kindern ausgeführt, u. a. ein Trio von Haydn, ein Violinkonzert von Paganini, die Kindersymphonie von Haydn, Mädchenchöre und Kinderlieder.

Volksbildungsamt Neukölln. Hermann Bortscher wird „Ernstes und Heiteres in Vers und Prosa" Sonntag, 7 Uhr, in der Aula des Reform-Realgymnasiums, Neukölln, Boddinstr. 34-41, zum Vortrag bringen. — Den gesanglichen Teil des Abends hat das Frauen-Terzett übernommen, das alte deutsche, schottische und skandinavische Volkslieder vortragen wird. Eintrittskarten zu 4,10 M (Saal numeriert) und 1,60 M. (Balkon).

U. S. P. D. Weißensee. Der Bildungsausschuß veranstaltet Sonntag, den 5. März in der Aula des Realgymnasiums einen Kunstabend. Mitwirkende: Dora Marcus, Hermann Hopf, Elfriede Hopf und Dr. Rothenfelder. Eintrittskarten à M. Dienst zu 4 M. beim Gen. Heinz, Gärtnerstr. 7.

Der Sozialistische Arbeiter-Sängerbund, Abt. Bremen, gibt Sonntag, 5½ Uhr, in der Neuen Friedrichshain sein 1. Saalkonzert unter Mitwirkung des Bremer Künstler-Orchesters, einem Orgel- und einem Solosängerquartett. Zur Aufführung kommen Männer- und Gemischte Chöre.

Theater. Kammerspiele: „Erziehung durch Kaliber" statt Freitag, Sonnabend. Im Sonnabend: „Anatol".

Die erdrückliche Vertreterversammlung der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger findet vom 11. bis 14. April in Berlin statt.

Sparsamkeit am falschen Platz

Abbau der Poliklinik für Lungenleiden?

Ein Parteigenosse schreibt uns: Nachdem ich vor einigen Wochen meine Frau durch die Proletarierkrankheit verloren hatte, begab ich mich aus Gründen der Vorsicht zur Poliklinik für Lungenleiden, Luisenstr. 8. Als der ordinierende Arzt die Personalien notierte, und erfuhr, daß ich in der Redaktion eines Nachrichtenbureaus beschäftigt bin, machte er mir Mitteilung von folgendem: Den Aerzten und anderen Angestellten der Poliklinik für Lungenleiden, von denen einige bereits über 20 Jahre dort beschäftigt sind, wurde die Kündigung per 31. März übermittelt ohne ihre Unterbringung in anderen Polikliniken zu ermöglichen. Auf meine Frage, warum gerade in dieser wichtigsten Poliklinik zu einer solchen Maßnahme gegriffen würde, konnte der Arzt keine bestimmte Auskunft geben, erwähnte jedoch, daß die Kollegen von den anderen Polikliniken erklärt hätten, sie würden die Untersuchungen der Lungenkranken mit übernehmen! Der mich untersuchende Arzt erklärte außerdem, daß die Aerzte der Lungenklinik, seitdem sie die Kündigung erhielten, nicht mehr das Interesse für die Kranken aufbringen, das sie vorher besaßen. Wörtlich: **„Früher behandelten wir die Patienten noch weiter in Laboratorien usw., jetzt untersuchen wir sie, und dann — gehen wir nach Hause."**

Der Arzt fragte mich dann, ob ich glaube, daß die von ihm mitgeteilten Tatsachen Interesse für die Presse hätten, und welche Zeitung sie wohl veröffentlichen würde? Natürlich nannte ich ihm gleich die „Freiheit", bat nur, seinen Namen nicht zu nennen. Ich wies darauf hin, daß das ohnedies Praxis sei. Interessant war noch von ihm folgende Aeußerung: „Ich glaube kaum, daß sich jemand, da wir ja Akademiker sind, unserer Sache so recht annehmen wird! Ja, wenn wir Deutschnationale oder Unabhängige wären . . . !"

Ich bitte Sie, von meinen Mitteilungen möglichst umgehend den Ihnen geeignet erscheinenden Gebrauch zu machen, da doch gerade die Poliklinik für Lungenleiden von den Armen und Aermsten in Anspruch genommen wird.

*

Es versteht sich von selbst, daß ebenso wie die anderen Arbeitnehmer — auch die Aerzte in ihrer Existenz geschützt und gesichert werden müssen. Was uns betrifft, so sind wir hierfür immer eingetreten, und werden es auch weiter tun, ohne nach der Parteiangehörigkeit zu fragen. Wenn die Aerzte sich gleichwohl isoliert fühlen, so sind sie selbst am meisten schuld daran, da die überwiegende Mehrzahl von ihnen sich noch immer nicht dazu verstehen kann, die Konsequenzen aus ihrer wirtschaftlichen Lage zu ziehen, die — von Ausnahmen abgesehen — proletarisch ist. Erst wenn die Aerzte sich in die große proletarische Kampffront einzureihen gelernt haben werden, werden sie Aussicht haben, sich der Verelendung zu entziehen, der nicht nur sie, sondern auch alle sonstigen Angehörigen des alten Mittelstandes Kraft der Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in immer größerem Umfange überantwortet sind. Den Weg hierzu haben die sozialistischen Aerzte längst betreten. Daß im übrigen alles geschehen muß, um die Leistungsfähigkeit der eminent wichtigen Poliklinik für Lungenleiden nicht nur zu erhalten, sondern zu steigern, versteht sich von selbst. Die zuständigen Stellen haben die Pflicht, dies sicherzustellen. Wenn gespart werden soll, so kann das an unzähligen anderen Stellen geschehen, ohne daß die Volksgesundheit darunter leidet. Es bedarf keines Wortes, daß dies jedoch der Fall wäre, wenn, wie es beabsichtigt zu sein scheint, ein Abbau der Poliklinik für Lungenleiden in der Weise erfolgen sollte, daß die dort zu leistende Tätigkeit künftig nur noch im Nebenamt von den Aerzten anderer Polikliniken ausgeübt werden würde.

Großfeuer in Grünau

Zahlreiche Personen verletzt.

Großfeuer kam heute vormittag gegen 8 Uhr in der Chemischen Fabrik von Landshoff u. Mayer in Grünau zum Ausbruch und verursachte erheblichen Schaden. Entstanden war es angeblich in einem Raum, wo Naphthalin, Kampfer, Schwefelsäure usw. zur Herstellung von Chemikalien benutzt werden und Naphthalin fertiggestellt wird. Die Flammen hatten schnell reiche Nahrung gefunden und eine große Ausdehnung erlangt. Als die Grünauer freiwillige Feuerwehr an der Brandstelle nahe der Dahme ankam, stand sie ziemlich machtlos dem entfesselten Element gegenüber. Die Meldung von der Gefahr wurde weitergegeben, worauf die Wehren von Nieder- und Oberschöneweide, Köpenick, Adlershof, Britz und anderen Orten erschienen. Brandmeister Meyer benachrichtigte die Berliner Feuerwehr, die eine Benzin-Motorspritze mit Geräten und Schläuchen entsandte. Von allen Seiten wurde gegen den Brandherd vorgegangen, Brandmeister Stappusch richtete sein Hauptaugenmerk auf den Schutz der angrenzenden Gebäude, die in steter Gefahr schwebten, von Flammen ergriffen zu werden. Die von der Brandstelle ausströmenden Dämpfe erschwerten nicht nur die Löschung, sondern auch die Annäherung an die brennenden Gebäude. Trotz kräftigen Löschens mit einem Dutzend Schlauchleitungen gingen die Flammen nur langsam zurück und schlugen bald hier, bald dort wieder aufs neue mächtig empor. Leider sollen zahlreiche Personen bei dem Brande Verletzungen erlitten haben.

Erst gegen ½11 Uhr vormittags war die Hauptgefahr beseitigt. Das wertvolle Naphthalinlager konnte nicht gerettet werden, es ist fast total ausgebrannt unter weithin sichtbaren Flammen. Der Schaden ist sehr bedeutend, aber durch Versicherungen gedeckt. Der Betrieb der Fabrik wird weitergeführt. Arbeiterentlassungen sollen vermieden werden. Die Aufräumungsarbeiten dürften längere Zeit in Anspruch nehmen.

Der neue Direktor des Zentralamts für Wohnungswesen. Zum Leiter des Zentralamts für das Wohnungswesen und zum ersten Vorsitzenden des Mieteinigungsamtes der Stadt Berlin mit der vorläufigen Amtsbezeichnung Direktor wählte der Magistrat den Magistratsassessor Wild, der bereits seit Mai vorigen Jahres die Geschäfte dieser jetzt neu geschaffenen Stelle kommissarisch geführt hat.

Mahnung des Magistrats an die Erzieher. Die städtische Verwaltung hat nach wie vor unter den Verwüstungen der Garten- und Parkanlagen ganz außerordentlich zu leiden. Wenn es auch nicht die Schuljugend allein ist, die sich an diesen Ausschreitungen beteiligt, so entfällt doch auf sie ein großer Anteil. Die Leiter sämtlicher Schulanstalten sind erneut ersucht worden, die Lehrer zu veranlassen, regelmäßig in ganz kurzen Zwischenräumen die Schüler und Schülerinnen immer wieder auf die Notwendigkeit der Erhaltung der Gartenanlagen hinzuweisen. Auch an die Eltern richtet sich die Bitte gegenüber den ihnen anvertrauten Zöglingen, insbesondere auch den der Schule bereits entwachsenen, die Schonung der öffentlichen Anlagen, die doch zur Freude und Erholung aller bestimmt sind, zu betonen.

Eine Falschgeldfabrik im Admirals-Palast. Vor einigen Tagen wurde der in Spandau, Wilmersdorfer Straße 128, wohnende Maschinenmeister Freda und seine Ehefrau bei der Ausgabe falscher Hundertmarkscheine verhaftet. Bei der Vernehmung auf dem Polizeibureau gab Freda an, daß er gegenwärtig stellungslos wäre und gelegentlich Montagearbeiten verrichte. Von dieser Verhaftung hatte durch Zufall auch Direktor Bartuschek vom Admiralspalast Kenntnis erhalten und die Feststellung gemacht, daß der Verhaftete der Maschinenmeister Freda vom Admiralspalast war. Dieser hatte im Akkumulatorenraum dieses Unternehmens eine gut eingerichtete Falschgeldwerkstatt unterhalten. Freda hatte sich einen Retouchiertisch und einen Vergrößerungsapparat gebaut, da er das photographische Verfahren zur Herstellung seiner gefälschten Hundertmarkscheine anwandte. In einem Winkel dicht neben dem Akkumulatorenraum lagen etwa fünfzig falsche Hundertmarkscheine und fünf echte Tausendmarkscheine. Dieses echte Geld stellte wohl den Erlös der Falschgeldfabrikation dar.

Gewerkschaftliches

Berliner Gewerkschaften und die letzten Streiks

Eine gemeinsame Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission und des Ortskartells der AfA tagte gestern in den „Arminhallen". Unser Genosse Vollmershaus berichtete ausführlich über seine Rußlandreise, die unseren Lesern ja aus seinen bei uns veröffentlichten Beiträgen bereits bekannt ist. Es wird versucht, 40 000 Kinder bis zur nächsten Ernte in dem Gebiet zu ernähren, das dem Internationalen Gewerkschaftsbund zugewiesen worden ist. Geht diese Aktion fehl, so müssen die Hälfte der Kinder effektiv verhungern. Eine Diskussion zu diesem Vortrag fand nicht statt und soll diese in der nächsten Plenarversammlung nachgeholt werden.

Ueber die Auswirkungen der letzten Streiks referierte Ortmann vom Transportarbeiterverband. Er beschäftigte sich zunächst mit den Forderungen der Eisenbahner, die bis zum Silvesterstreik gemeinsam von allen Eisenbahnerorganisationen vertreten wurden. Er kritisierte das Verhalten der Reichsgewerkschaft, deren Taktik kein Gewerkschafter gutheißen könne. Ebenso wenig Verständnis hatte er aber für den Erlaß der Regierung, der die Antwort auf die Forderungen der Reichsgewerkschaft bedeutete. Den Aufruf des A. D. G. B. verstanden die Massen nicht, der sich genötigt sah, zu der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten sofort Stellung zu nehmen. Der A. D. G. B. befand sich in einer Zwangslage und versuchte nach bestem Wissen die Situation zu retten. Ortmann fand es unbegreiflich, daß die sympathisierenden freien Gewerkschaften gewissermaßen mit fliegenden Fahnen in das Lager derer einschwenkten, die noch kurz zuvor zum Streikbruch aufforderten. All dies muß berücksichtigt werden, wenn das Verhalten des A. D. G. B. in dieser Situation zur Kritik steht. Dennoch sei es aber notwendig, mit den Beamtengewerkschaften zu einer Verständigung zu kommen, die es möglich macht, gemeinsame Kämpfe mit ihnen zu führen. Uebergehend zu dem Gemeindearbeiterstreik schilderte er die bereits bekannten Vorgänge, wie sie sich abspielten. Er übte Kritik an den einzelnen Maßnahmen, die vom Verband und der Streikleitung getroffen wurden. Nur der Z. d. A. sei konsequent gewesen, da er seine Vertreter aus der Streikleitung abberief. Es war ein Fehler, den Streik nicht 24 Stunden früher abzubrechen, denn durch diese Maßnahme wäre noch die ganze Situation zu retten gewesen. Man solle endlich mit dem Unfug des „Verrats"schreiens aufhören. Die Bewegung hätte einen ganz andern Verlauf genommen, wenn die gewerkschaftliche Disziplin besser gewesen und die Arbeitsaufnahme in allen Dienststellen geschlossen erfolgt wäre. Die Gewerkschaften werden alles tun, um die Gemaßregelten wieder in die Betriebe hinein zu bringen.

Die sich immer verstärkende Notlage und Verelendung der gesamten Arbeiterschaft wird des öfteren zu derartigen Maßnahmen zwingen. Doch ist hierbei zu prüfen, ohne daß man den städtischen oder staatlichen Arbeitern und Beamten das Koalitions- und Streikrecht nehmen will, ob sich nicht andere Wege finden lassen, die zur Durchsetzung der Forderung führen, ohne die gesamte Arbeiterschaft so stark in Mitleidenschaft zu ziehen. Es ist unbedingt notwendig, daß in derartigen Fällen die beteiligten Gewerkschaften nicht allein die Verantwortung auf sich laden, **sondern mit den andern Organisationen gemeinsame Schritte** unternehmen. Das ist sich die Arbeiterschaft selbst schuldig, ohne daß damit die Stoßkraft der Organisationen geschwächt werden darf. Die Mißstimmung am Streiksonntag zeigte, daß sich die Arbeiterschaft selbst bestreikte. **Darum müssen in Zukunft alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft werden, in gewerkschaftlicher Disziplin unter Leitung der berufenen Gewerkschaftsführer in derartigen schweren Kämpfen die Einheit der Arbeiterklasse hergestellt und der Kampf aufgenommen werden.**

Die Gewerkschaftskommission hat Richtlinien **für die gemeinsame Durchführung von Streiks ausgearbeitet, die in Zukunft** ein festes Zusammenarbeiten ermöglichen werden.

An der nun einsetzenden Aussprache beteiligten sich Schulz, Reimann und Polenske. Allgemein neigte man der Ansicht zu, daß ähnliche Streiks wie der letzte der städtischen Arbeiter in Berlin nur dann geführt werden dürfen, wenn die Gesamtarbeiterschaft, resp. deren gewerkschaftliche Organisationen ihre Zustimmung erteilt.

Wegen der vorgerückten Zeit erfolgte keine Beschlußfassung, die erst in einer neuen Versammlung erfolgen soll.

Tapezierer gegen die Verordnung des Reichspräsidenten

Am Dienstag den 21. d. M., hielt die Ortsverwaltung im Gewerkschaftshause ihre Jahresgeneralversammlung ab. Die beiden Vorsitzenden Blume und Müller gaben den Geschäftsbericht. Wie überall, so kommt auch hier zum Ausdruck, daß der größte Teil der Arbeit sich auf Lohnbewegungen erstreckte. Größere Differenzen kamen nur im Autogewerbe vor, wo ein achtwöchiger Streik ausgetragen wurde. Den Kassenbericht gab Kollege Weyher vom 4. Quartal. Die Einnahmen für die Hauptkasse betrugen 264 283,60 M. An die Hauptkasse selbst wurden abgeliefert 175 500,32 M. Die Lokalkasse hatte einschließlich ihres Bestandes von 165 518,27 M. eine Einnahme von 316 715,05 M. Die Ausgaben betrugen 92 432,20 M. und der Bestand der Lokalkasse am 31. 12. 1921 224 283,20 M. Mitglieder zählte man am 31. 12. 1921 5505 männliche und 1012 weibliche Mitglieder. Kollege Osten verbreitet sich über die Arbeitslosenfrage.

Die Diskussion war sehr lebhaft, bezog sich jedoch nicht auf die Tätigkeit der Verwaltung, sondern beschäftigte sich lediglich mit dem Eisenbahnerstreik und der Verordnung des Reichspräsidenten, die von allen Rednern **einmütig als eine Bedrohung des Koalitionsrechtes** der Arbeiter betrachtet und aufs heftigste bekämpft wurde. Verschiedene Anträge, u. a. einen Protest gegen die Verfügung des Magistrats, wonach allen Arbeitslosen, die 26 Wochen arbeitslos sind, die Unterstützung entzogen werden soll, außer Kraft zu setzen, wurden einstimmig angenommen.

Die Neuwahl ergab, daß die beiden Vorsitzenden und die Kassierer gegen wenige Stimmen wiedergewählt wurden.

Schiedsspruch im Baugewerbe. Im Schiedsspruch vom 6. Dezember 1921 ist den Tarifparteien das Recht zugesprochen worden, im Februar eine neue Regulierung der Bezüge für diesen Monat und Monat März zu verlangen, wenn die Teuerung inzwischen entsprechende Fortschritte gemacht habe. Diese Voraussetzung soll dann durch eine Stellungnahme des Reichsarbeitsministers entschieden werden. Dieser hat jedoch mit Rücksicht auf andere Erwerbszweige Bedenken getragen, eine Entscheidung zu treffen und den Zusammentritt eines Schlichtungsausschusses hierfür und zur Entscheidung über die von den Angestellten-Organisationen zu erhebenden Forderungen empfohlen. Nach dem Verlauf einer gestern im Arbeitsministerium unter dem Vorsitz des Geheimrats Wulff abgehaltenen Besprechung ist damit zu rechnen, daß sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeitnehmer den Vorschlag des Ministers annehmen.

Bundestag des Deutschen Beamtenbundes. Der Bundesvorstand des Deutschen Beamtenbundes hat in seiner Sitzung vom 20. Februar die Abhaltung eines Bundestages Anfang April d. Js. in Berlin beschlossen. Wie die B. S.-Korrespondenz mitteilt, wird sich der Bundestag, auf den Vertretungen aller Beamtenkategorien aus dem Reich anwesend sein werden, mit den großen Beamtenfragen, die in letzter Zeit auch die Oeffentlichkeit beschäftigt haben, befassen. U. a. wird auch die viel erörterte Frage des Koalitionsrechtes der Beamten und infolgedessen auch der Beamtenstreik erörtert werden. Es ist vor der Hand auch fraglich, ob die Sitzungen in voller Oeffentlichkeit abgehalten werden, da hierüber erst der engere Vorstand des Deutschen Beamtenbundes sich schlüssig werden muß.

Gegen die Organisationszerstörer

Ein Wort an die Transportarbeiter der Metallindustrie

In der Sektion V des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, welche alle in der Groß-Berliner Metallindustrie beschäftigten Mitglieder dieser Organisation umfaßt, steht die Sektionsleitung zur Neuwahl. Der bisherige Sektionsvorsitzende, welcher ungefähr 18 Jahre Leiter dieser Sektion ist und diese nicht zum Schaden der Mitglieder bisher geführt hat, wird nun von unseren „Freunden" den Kommunisten, in einer Art und Weise angegriffen, die das Maß des Zulässigen bei weitem übersteigt. In der Nr. 71 der „Roten Fahne" wird ihm zum Vorwurf gemacht, daß er durch die Taktik der Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum an dem Elend der ungelernten Arbeiter in der Metallindustrie schuld sei. Weiter wird ihm Kurzsichtigkeit und „bewußte" Irreführung der Kollegenschaft vorgeworfen!

Den Beweis dafür zu erbringen, würde auch der „Roten Fahne" nicht gelingen. Im übrigen müßte auch die „Rote Fahne" wissen, daß längst die Mitglieder der Ortsverwaltung Groß-Berlin des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes in einer ihrer Generalversammlungen die Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum abgelehnt haben. Ueber die Taktik des Sektionsvorsitzenden hatten ja die Mitglieder wiederholt bei Verhandlungen mit dem Verband Berliner Metallindustriellen Gelegenheit, diese kennen zu lernen. Es war allerdings eine andere, als die der Fraktionsgenossen der „Roten Fahne".

Wie aber der „Kampfesmut" der „Roten-Fahne"-Männer bei näherer Betrachtung aussieht, und wie hilflos jene Leute dastehen, wo sie die Interessen ihrer Klassengenossen vertreten sollen, bewiesen die Verhandlungen im Dezember letzten Jahres, wo die K. P. D.-Leute gegenüber dem Verband Berliner Metallindustrieller vollständig versagten und der Sektionsvorsitzende die Situation retten mußte.

Wie sehen nun die Kandidaten der Liste, die von der Sektionsleitung, die sich aus 75 Obleuten der Großbetriebe aller Parteirichtungen und den Angestellten zusammensetzt, aus, und wie ist diese Liste zustande gekommen? Diese Kandidaten wurden von den Kollegen aus den Betrieben in Vorschlag gebracht und nur gegen eine Stimme von der gesamten Sektionsleitung mit Einschluß der K. P. D.-Fraktionsgenossen angenommen. Es sind 9 U. S. P. D.- und drei S. P. D.-Genossen. Alles Kollegen, die über ein Jahrzehnt und noch länger in der Arbeiterbewegung stehen und ihre ganze Kraft zum Wohle der Allgemeinheit eingesetzt haben, die da wissen, daß man das Kapital nicht mit Phrasen bezwingen kann, sondern nur durch einmütiges Zusammenarbeiten der gesamten Kollegenschaft, durch Erziehung zum Sozialismus.

Die Listen der K. P. D.-Genossen dagegen weisen mit wenigen Ausnahmen Kandidaten auf, die nicht lange organisiert sind, aber bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten die Einrichtungen der Gewerkschaften herunterreißen.

Und nun sollen die Kollegen am Sonntag entscheiden. **Wer nicht will, daß die Gewerkschaften zertrümmert werden und die jahrzehntelange Arbeit für den Sozialismus vernichtet wird, der helfe mit aufbauen, der stärke die freien Gewerkschaften. Tretet geschlossen den Organisationsunterwühlern entgegen, die da glauben, es muß alles vernichtet werden, und tretet geschlossen ein für die von der Sektionsleitung aufgestellte Liste.**

Eisenbahner des D. E. V. Die Fortsetzung der Generalversammlung findet morgen Freitag um 6 Uhr in Kliems Festsälen, Hasenheide, statt.

U. S. P. D. Buchbinder. Heute abend 7 Uhr Fraktionsversammlung im Gewerkschaftshaus, Saal 8.

Werkzeugmacher! Durch stattgefundene Urabstimmung in der Branche ist mit großer Mehrheit die Lohnarbeit beschlossen worden. Dieser Beschluß ist unter allen Umständen durchzuführen. Wo Verstöße gegen diesen Beschluß vorkommen, ist der Branchenleitung hiervon Mitteilung zu machen.

Oesterreichs Wirtschaftselend. Gestern trat der sogenannte Vierziger-Ausschuß der Metallarbeitergewerkschaft zusammen, um zu den Vorschlägen der Unternehmer Stellung zu nehmen. Die Unternehmer lehnen nämlich die Erhöhung der Teuerungszulage für März auf Grund der Inderziffer ab, indem sie sich darauf berufen, daß infolge der Besserung des Kronenkurses eine Verbilligung der Lebenshaltung und eine Verschlechterung der Lage der Industrie zu erwarten sei. Bei dieser Gelegenheit wollen die Arbeitgeber eine Aufhebung des Achtstundentages durchsetzen. In der Holzindustrie und im Baugewerbe stehen Lohnkämpfe bevor. Ende der Woche sollen Aussprachen zwischen der Gewerkschaftskommission und dem Bund der Industriellen stattfinden, denen entscheidende Bedeutung beigelegt wird. Jedenfalls erwartet man in der allernächsten Zeit große Lohnkämpfe in der gesamten Industrie.

Parteiveranstaltungen

Sonntag, 26. Februar

14. Bezirk (Neukölln). Vormittags 10 Uhr findet eine Sitzung der Elternbeiräte an den höheren Schulen, Neukölln, Boddinstr. 4, statt.

Spandau. Vormittag 10 Uhr im Neuen Ratskeller (Ratskühl) wichtige Sitzung der Bezirksverordnetenfraktion mit der Kommunalen Kommission.

Vereinskalender

Freitag, 24. Februar

Tapezierer. Nachm. 5 Uhr Werkzeugausgabe. Abendversammlung in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96-97. Erscheinen aller Funktionäre ist unbedingte Pflicht. — Abends 7 Uhr Versammlung aller Tapezierer und Näherinnen in den Central-Festsälen, Alte Jakobstr. 32. Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Erscheinen aller unbedingte Pflicht.

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgesandt, wenn ein genügend frankierter Briefumschlag beigefügt ist. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Leserkreise.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Dr. Paul Hertz, Charlottenburg; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: R. Henkel, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komerinek, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Buchhandlung „Freiheit"
C 2, Breite Straße 8—9, 2. Hof parterre

Ständige Bücher- und Bilder-Ausstellung

Sozialistische Literatur
Schöne Literatur / Jugendschriften
Bilder mit und ohne Rahmen
Reiche Auswahl

* Antiquariat *

Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr nachmittags